Gemeinde Witzeze

Beschlussvorlage

Bearbeiter/in:

Petra Rempf

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Gemeindevertretung Witzeze

Datum

11.02.2015

TOP 13

Bebauungsplan Nr. 10 für das Gebiet: "Windkraftanlagen an der Grenze zu der Gemeinde Wangelau", hier: Aufstellungsbeschluss

Beratung:

Sollte bei der Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ eine Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen an der Gemeindegrenze zu Wangelau dargestellt werden, kann die Gemeinde für diesen Bereich einen Bebauungsplan aufstellen, um bessere Steuerungsmöglichkeiten über die Anzahl, die Standorte Zufahrten, Höhenbegrenzungen, Gestaltungsregeln u. ä. zu haben.

Weiterhin kann für dieses Gebiet eine Veränderungssperre erlassen werden, um eine unerwünschte vorzeitige Errichtung zu verhindern.

Beschlussempfehlung:

1. Für das Gebiet der Windkraftanlagen an der Gemeindegrenze zu Wangelau wird der Bebauungsplan Nr. 10 aufgestellt. Das Gebiet umfasst die Flurstücke 14, 16/1, 17/1, 19/2, 20/2 und 21/1 der Flur 1, Gemarkung Witzeze, gelegen südwestlich der Franzhagener Straße und südöstlich der Büchener Straße, an der Gemeindegrenze zur Gemeinde Wangelau. Der Plangeltungsbereich ist aus der anliegenden Übersicht, die Bestandteil dieses Beschlusses ist, genau ersichtlich. Folgendes Planungsziel wird verfolgt: Ausweisung einer Konzentrationsfläche für Windkraftanlagen.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfes soll das Büro Gosch-Schreyer-Partner in Bad Oldesloe beauftragt werden.

Mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange soll das Büro Gosch-Schreyer- Partner in Bad Oldesloe beauftragt werden.

4. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Aufforderung zu Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB) soll schriftlich erfolgen.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll in Form einer öffentlichen Auslegung für die Dauer von zwei Wochen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Mitgliederzahl der Gemeindevertreter/innen	Davon anwesend	Dafür	Dagegen	Stimmenthaltung

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine / folgende Vertreter der Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend: